

Hakan Akbulut | Steffen Hagemann | Anja Opitz [Hrsg.]

Umbruch, Zerfall und Restauration

Der Nahe Osten im Spannungsfeld
regionaler Akteure und externer Mächte



AKADEMIE FÜR
POLITISCHE BILDUNG
TUTZING

Hakan Akbulut | Steffen Hagemann
Anja Opitz [Hrsg.]

Umbruch, Zerfall und Restauration

Der Nahe Osten im Spannungsfeld
regionaler Akteure und externer Mächte



Nomos



AKADEMIE FÜR
POLITISCHE BILDUNG
TUTZING



Onlineversion
Nomos eLibrary

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-7645-0 (Print)

ISBN 978-3-7489-1024-4 (ePDF)

1. Auflage 2022

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2022. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Danksagung

Der vorliegende Band ist das Ergebnis einer kollektiven Anstrengung über einen langen Zeitraum hinweg. Er wäre ohne die Mitwirkung und Unterstützung von vielen Kolleginnen und Kollegen, von Freundinnen und Freunden in unterschiedlichen Etappen nicht zustande gekommen. Ihnen allen möchten wir an dieser Stelle herzlich danken!

Unser Dank gilt an erster Stelle den Autorinnen und Autoren des Bandes – in der Reihenfolge der Beiträge, Herrn Dr. Helmut Krieger, Frau MMag. Sherin Gharib, Frau Dr. Iris Wurm, Herrn Wolfgang Tönnemann, Frau Dr. Elena Dück sowie Herrn Prof. Dr. Gerhard Mangott! Sie haben diesen Band erst ermöglicht! Der Band hat von einer Tagung zur US-Außenpolitik im Nahen Osten in den ersten Amtsjahren von Präsident Donald Trump, die im Dezember 2018 an der Akademie für Politische Bildung in Tutzing abgehalten wurde, sehr profitiert. Viele Aspekte und Entwicklungen, die für diesen Band zentral sind, wurden bereits dort aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet und diskutiert. Herrn Prof. Mangott, Herrn Tönnemann sowie Frau Dr. Dück als Referenten und Referentin der besagten Tagung konnten wir sodann auch als Autoren und Autorin für diesen Band gewinnen. Unser Dank gilt natürlich auch allen anderen Referentinnen und Referenten sowie Discussants der Tagung, von deren Expertise und kritischen Beiträgen wir sehr profitiert haben: Dr. Gerlinde Groitl, Dr. Lukas D. Herr, Mag. Petra Ramsauer, Andrea Rotter, M.A., Dr. Bente Scheller, Dr. Anna Sunik sowie Prof. Dr. Reinhard Wolf.

Die Realisierung beider Projekte – sowohl der Konferenz als auch der vorliegenden Publikation – wäre zweifelsohne ohne die Unterstützung jener Institutionen, an denen wir tätig sind, nämlich der Arbeitsgruppe Politikwissenschaft II an der TU Kaiserslautern, des Büros der Heinrich-Böll-Stiftung in Tel Aviv sowie der Akademie für Politische Bildung in Tutzing – nicht möglich gewesen. Besonderer Dank gilt Herrn Prof. Dr. Jürgen Wilzewski als gemeinsamen Tagungsleiter, aber auch als Ideengeber und Unterstützer während des gesamten Prozesses. Herzlich bedanken wir uns auch bei der Direktorin der Akademie für Politische Bildung, Tutzing, Frau Prof. Dr. Ursula Münch, die ihr Haus für die besagte Tagung geöffnet und diese Publikation bei Nomos ermöglicht hat. Wir sind natürlich dem gesamten Team genannter Institutionen zum Dank verpflichtet!

Unser besonderer Dank gilt genauso Johannes Artz, M.A., Daniel Conrad, B.Ed., Julia Lange, Carolin Langhauser, B.Ed., Meike Neußer, Paula

Danksagung

Schäfer, Frederick Sellmann, B.Ed., sowie Lars Rumpf für ihr umsichtiges Lektorat. Sie haben in kürzester Zeit hervorragende Arbeit geleistet! Wir bedanken uns genauso herzlich bei Herrn Dr. Thomas Schölderle von der Akademie für Politische Bildung in Tutzing für seine redaktionelle Unterstützung bei der Erstellung des Manuskripts.

Abschließend möchten wir uns bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Nomos Verlags für ihre Unterstützung und Mühen herzlich bedanken und wünschen viel Spaß bei der Lektüre!

Hakan Akbulut, Steffen Hagemann, Anja Opitz

Inhalt

Einleitung: Der umkämpfte Nahe Osten zwischen Umbruch, Zerfall und Restauration	9
<i>Hakan Akbulut, Steffen Hagemann, Anja Opitz</i>	
Die Würde der Revolte – Zur Dialektik von Revolution und Konterrevolution im arabischen Raum seit 2011	19
<i>Helmut Krieger</i>	
Externe Einflüsse und die Rolle des Militärs in Ägypten: Militärunternehmertum, Neoliberalismus und Modernisierungsimaginationen	43
<i>Sherin Gharib</i>	
Saudi-Arabien – Vision 2030 versus Realität 2020	69
<i>Iris Wurm</i>	
Israel 10 Jahre nach der Arabellion: Abwehr und neue Bündnisse	85
<i>Steffen Hagemann</i>	
Sonderbeziehungen: Die USA, Israel und der israelisch-palästinensische Konflikt	109
<i>Wolfgang Tönnemann</i>	
Die EU und die USA im Nahen Osten in der Trump-Ära – divergierende Ordnungsvorstellungen und Strategien	137
<i>Elena Dück</i>	
Gewollte Eskalation: Die Aufkündigung des JCPOA und die Rückkehr zu einem holistischen Ansatz in der Iran-Frage	159
<i>Hakan Akbulut</i>	

Inhalt

Auf verschiedenen Seiten der Barrikaden – Russland und die USA im (internationalisierten) Gewaltkonflikt in Syrien 2011–2020 <i>Gerhard Mangott</i>	189
Katalysator einer wiederkehrenden Beziehungskrise: Der Syrienkrieg und die Beziehungen zwischen der Türkei und den USA <i>Hakan Akbulut</i>	221
Der umkämpfte Nahe Osten – ein Resümee <i>Hakan Akbulut, Steffen Hagemann, Anja Opitz</i>	265
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren	279

Einleitung: Der umkämpfte Nahe Osten zwischen Umbruch, Zerfall und Restauration

Hakan Akbulut, Steffen Hagemann, Anja Opitz¹

1. Einleitung

Protestbewegungen und der erfolgreiche Sturz von langjährigen Machthabern in der MENA-Region sowie der Abschluss eines Interimsabkommens zwischen den P5+1 (den Ständigen Mitgliedern des UN-Sicherheitsrats plus Deutschland) und dem Iran im Jahr 2013 zur Beilegung des Nukleardisputes gaben Anlass zur Hoffnung, der Region könnte im Hinblick auf die inner- und zwischenstaatlichen Strukturen und Konflikte eine nachhaltige Reformierung und Befriedung bevorstehen. Knapp eine Dekade nach Ausbruch des sogenannten Arabischen Frühlings ist der Nahe Osten jedoch gekennzeichnet von Kriegen und Konflikten in und um Staaten wie Syrien, Jemen oder Irak. Der israelisch-palästinensische Konflikt bleibt nicht nur ungelöst, sondern erfuhr durch die unilateralen Schritte der Trump-Administration eine weitere Zuspitzung. Ähnlich verhält es sich im Nukleardisput mit dem Iran bzw. in der größeren Iran-Frage, in der die USA unter Donald J. Trump nicht nur den *Joint Comprehensive Plan of Action* (JCPOA) verließen, sondern zugleich eine Strategie des maximalen Drucks verfolgten, die eine deutliche Eskalation nach sich zog. Ägypten durchlief nach einem Militärputsch eine autoritäre Restauration unter Abdel Fattah al-Sisi, der von den Golfmonarchien Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten unterstützt wurde. Die Umbrüche in der Region, der stetige Rückzug der USA und die Stärkung neuer Akteurinnen und Akteure haben zu einer Neuordnung der Machtverhältnisse und zu neuen Bündnissen beigetragen. So haben sich Israel und einige Golfstaaten auf Grundlage gemeinsamer Interessen und Bedrohungswahrnehmungen angenähert und ihre Beziehungen normalisiert. Saudi-Arabien, das sich mit dem Abkommen zwischen den P5+1 und dem Iran zunächst verraten sah und später unter dem neuen Kronprinzen Mohammed bin Salman einen offen konfrontativen Kurs gegenüber dem Iran in der Region ein-

1 Die Autoren und die Autorin bedanken sich herzlich bei Lars Rumpf für sein umsichtiges Lektorat!

schluss, sollte zunächst kein Abkommen über eine Normalisierung der Beziehungen mit Israel schließen, aber dennoch aufgrund seiner regionalen Stellung und Rolle das wichtigste Glied in dieser Kette darstellen. Das Königshaus ist jedoch mit vielen politischen wie wirtschaftlichen Herausforderungen im Inneren konfrontiert und versucht sich mit gigantischen Projekten für die Zukunft zu wappnen. Gleichzeitig erweitert Russland seine Präsenz und seinen Einfluss in der Region, während vor allem Entwicklungen in Syrien die Beziehungen zwischen den NATO-Partnern USA und der Türkei auf eine Belastungsprobe stellen. Die Zielsetzungen der USA in der Region (insbesondere im Hinblick auf den Iran, aber auch im israelisch-palästinensischen Konflikt) machen darüber hinaus sowohl Divergenzen mit der Positionierung der EU als auch die außenpolitischen Schwächen und Spaltungen in der Europäischen Union einmal mehr sichtbar.

Dieser Band untersucht die Positionierung, Zielsetzungen und Strategien von ausgewählten Akteurinnen und Akteuren aus der Region und externen Mächten vor dem Hintergrund der Entwicklungen seit dem Ausbruch des sogenannten Arabischen Frühlings. Im Zentrum steht hierbei das Zusammenspiel von inneren und äußeren Einflussfaktoren, um entsprechende Abhängigkeiten und den transnationalen Charakter bestimmter Entwicklungen sichtbar zu machen. Der Band stellt nicht den Anspruch, die unter der Überschrift „Arabischer Frühling“ zusammengefassten Entwicklungen in ihrer Gesamtheit zu betrachten und zu begründen. Sowohl aufgrund der geografischen Breite als auch der historischen Tiefe, aber auch aufgrund der Vielzahl an involvierten bzw. betroffenen Akteurinnen und Akteuren und der unterschiedlichen Facetten dieses Arabischen Frühlings, entscheidet sich dieser Band für ein selektives Vorgehen, das die Analyse auf ausgewählte Länder und Akteurskonstellationen wie auf bestimmte Themenfelder fokussiert und andere wiederum außen vor lässt. Zu solchen externen Akteurinnen und Akteuren zählen zweifelsohne die USA, Russland, die EU sowie – an der Grenze zum Nahen Osten gelegen – die Türkei, die in der Region aufeinandertreffen, insbesondere im syrischen Kontext, aber auch in der Frage des Umgangs mit dem Iran. Was die Akteurinnen und Akteure aus der Region betrifft, so sind den Ländern Ägypten, Saudi-Arabien und Israel einzelne Beiträge gewidmet, während vor allem Syrien und der Iran Querschnittsthemen darstellen, die als Austragungsort von Rivalitäten und Adressat von unterschiedlichsten Maßnahmen in einzelnen Beiträgen in den Fokus der Analysen gerückt werden. Der Band bezeichnet somit alte und neue Konflikt- und Spannungsfelder in diesen Beziehungsgeflechten. Wie wirkten diese Entwicklungen auf die einzelnen Staaten ein und welche Rolle spielten wiederum

innenpolitische wie wirtschaftliche Faktoren bei der Entstehung neuer Akteurskonstellationen oder auch neuer Zerwürfnisse auf der regionalen und globalen Ebene? Welche Ziele und Strategien verfolgen etwa die USA, Russland und die EU in der Region? Wie deutet Israel die Entwicklungen in der Region und richtet seine Politiken entsprechend aus? Inwiefern haben sich die Beziehungen zwischen den USA und Israel unter Präsident Trump gewandelt? Welche Rolle kommt hierbei innenpolitischen Faktoren in den USA zu? Wie lässt sich die Aufkündigung des JCPOA einordnen und erklären? Welche Zielsetzungen und Strategien verfolgen regionale Akteurinnen und Akteure wie etwa Saudi-Arabien oder Ägypten? Welche Ziele verfolgt die Türkei in Syrien und woraus resultieren die Dissonanzen mit den USA? Es stellt sich allen voran natürlich auch die Frage, was diese Revolten in erster Linie hervorbrachte, ob, inwiefern und warum sie gescheitert sind, und ob und welches emanzipatorische und transformative Potential sie für die Zukunft in sich bergen. Wie es der unten gebotenen Zusammenfassung der inhaltlichen Ausrichtung der einzelnen Beiträge zu entnehmen ist, sind es diese und verwandte Fragestellungen, derer sich die Autorinnen und Autoren des Bandes annahmen.

2. Die Beiträge dieses Bandes im Überblick

Zehn Jahre nach Beginn der Proteste im arabischen Raum stellt sich zwangsläufig die Frage, ob diese Revolten nun abgeschlossen sind und konterrevolutionären Gegenkräften und Entwürfen Platz gemacht haben. Welche strukturellen Verhältnisse brachten die Revolten aber überhaupt hervor und inwiefern haben sich diese gewandelt? Inwiefern wirken diese Revolten ein auf aktuelle Proteste im arabischen Raum und ihr transformatorisches Potential? In welchem Wechselspiel stehen innere Entwicklungen in arabischen Staaten mit regionalen wie globalen Faktoren? – Diesen Fragestellungen widmet sich *Helmut Krieger* im ersten Kapitel, wobei er sich diesen aus der Perspektive materialistischer Staatstheorien und kritischer politischer Ökonomie annähert. Schließlich richteten sich diese Revolten nicht bloß gegen autoritäre Regime, argumentiert *Krieger*, sondern implizit auch gegen sozioökonomische Verwerfungen. *Kriegers* Analyse erfolgt entlang von vier Thesen: In den Revolutionen sieht *Krieger* ein Zeichen dafür, dass die postkoloniale Ordnung im arabischen Raum sich ihrem Ende zuneigt. Um dies zu zeigen, zeichnet er die Transformation von arabischen Nationalstaaten zu autoritären Regimen mit einem neoliberalen Wirtschaftsmodell nach. Die zweite Annahme macht die Erfolgchancen von revolutionären Prozessen am Organisationsgrad und an

der Organisationsweise dieser fest und konstatiert entsprechende Begrenzungen im Kontext des Arabischen Frühlings. *Krieger* zeigt auf, in welcher Weise diese Begrenzungen mit Erfahrungen antikolonialer und sozialer Kämpfe im arabischen Raum zusammenhängen. In seiner dritten These stellt er den Konnex zur globalen Ebene her und geht davon aus, dass sich der Übergang von einer unipolaren zu einer asymmetrischen, multipolaren Ordnung ebenso auf die Revolten und ihre Handlungsspielräume auswirkte. Umgekehrt wirkten sich die Revolten auf globale Spannungsfelder aus und verschärften ihre Konfliktdynamiken, argumentiert *Krieger*, und zeigt dies am Beispiel des Syrienkriegs. Die vierte These betrifft wiederum die zeitliche Unabgeschlossenheit von gesellschaftlichen und politischen Räumen, die stets umkämpft sind.

Sherin Gharib knüpft an die Analyse von *Krieger* an und beleuchtet wiederum aus einer Perspektive der politischen Ökonomie das Militärunternehmertum in Ägypten. Den Ausgangspunkt für ihre Analyse stellt der Umstand dar, dass Ägypten seit Beginn der Revolten größere Umwälzungen durchlief und es den Militärs hierbei gelang, ihren ohnehin privilegierten Status und ihr bestehendes Wirtschaftsimperium weiter auszubauen. Die Rolle des Militärs geht so weit, hebt *Gharib* eingangs hervor, dass die politische Entwicklung des Landes eng an jene des Militärs geknüpft ist. Um gerade diese dominante Stellung der Militärs und die Genese des Militärunternehmertums in Ägypten zu verstehen, sei wiederum eine Auseinandersetzung mit den externen Verflechtungen und Kooperationen dieser Institution erforderlich, konstatiert *Gharib*. Wie bereits auch von *Krieger* im Hinblick auf das Verhältnis zwischen autoritärem Regimetypus und neoliberaler Wirtschaftsprogrammatis mehrfach festgestellt, hält auch *Gharib* fest, dass einen besonderen Aspekt im ägyptischen Kontext der Umstand darstellt, dass nicht bloß eine Kompatibilität zwischen Militärunternehmertum und neoliberalen Wirtschaftsmodell gegeben ist, sondern dass das Erstere sogar die Reproduktion des Letzteren befördere. *Gharib* arbeitet in ihrem Beitrag die Rolle des Militärs und die Entwicklung des Militärunternehmertums in unterschiedlichen Phasen von den 1950er-Jahren bis in die Gegenwart heraus. Dabei räumt sie der Periode seit der Machtergreifung Abdal Fattah al-Sisis größeren Platz ein. Sie zeigt auf, wie das al-Sisi-Regime mit Prestigeprojekten mit gigantischen Dimensionen nicht nur versucht, die Wirtschaft anzukurbeln, sondern sich gleichzeitig als einen *Entrepreneur* der Modernisierung zu inszenieren und so seine Herrschaft zu konsolidieren. Sodann legt sie dar, wie das Regime auf Kredite sowohl aus den Golfmonarchien als auch von internationalen Finanzorganisationen angewiesen ist. Diese Abhängigkeit führe wiederum dazu, dass das Regime einerseits entsprechende Bedingungen zu erfüllen

und gleichzeitig die in Folge dieser Adaptierungen ausgelösten Proteste zu unterdrücken suche. Mit den vielen Geschäften, die das Regime etwa mit europäischen Rüstungsproduzenten abschließt, nimmt es auch eine Konsolidierung seiner Macht nach außen vor, argumentiert *Gharib* in ihrem Beitrag.

Ähnliche Megaprojekte verfolgt auch der saudische Kronprinz Mohammed bin Salman (MBS), erklärt *Iris Wurm* in ihrem anschließenden Beitrag und verweist auf das Modernisierungsprojekt „Vision 2030“. Zwischen den Ambitionen für die Zukunft und den Herausforderungen, mit denen Saudi-Arabien in der Gegenwart wirtschaftlich, innen- wie außenpolitisch konfrontiert ist, herrscht eine große Kluft, konstatiert *Wurm* und stellt diese Diskrepanzen in den Mittelpunkt ihrer Analyse. Sie beleuchtet dabei die einzelnen Facetten eines ganzen Bündels an Problemen, Krisen und Konflikten. Diese reichen bis in das Königshaus selbst und manifestierten sich mit dem Aufstieg bin Salmans zum Kronprinzen und der darauffolgenden Festsetzung von Prinzen, Geschäftsleuten und amtierenden sowie ehemaligen Ministern. *Wurm* widmet sich genauso der regionalen Ebene und beleuchtet in ihrem Aufsatz die Anstrengungen des Königreichs, den Iran in der Region einzuhegen und dabei auch Katar auf die Herstellung einer Kohärenz in der Außenpolitik mit saudischen Positionen zu zwingen. Ausdruck dieser Anstrengungen sind auch der Krieg im Jemen und die Annäherung an Israel, argumentiert *Wurm* und zeigt auf, ob und inwiefern die Strategien von Mohammed bin Salman in dieser Frage tatsächlich von Erfolg gekrönt wurden. Dabei geht *Wurm* auch auf die Rolle der Großmächte in der Region ein und skizziert, wie sich die Beziehungen zu den USA unter Trump gestaltet haben und welche Konsequenzen die Wahl Joe Bidens für die regionalen Bestrebungen und Strategien des Königreichs nach sich ziehen könnte. Von den regionalen Fragen abgesehen, steht das Land auch vor gravierenden wirtschaftlichen Problemen, führt *Wurm* aus. Wenngleich *Gharib* in ihrer Analyse auf die Bedeutung von finanzieller Unterstützung aus den Golfstaaten für das al-Sisi Regime in Ägypten aufmerksam macht, so scheint auch das saudische Königshaus angesichts des niedrigen Ölpreises nicht frei von ökonomischen Sorgen zu sein, zeigt *Wurm* in ihrem Beitrag und skizziert die Maßnahmen des Königshauses, um das Land finanziell und wirtschaftlich in ein „neues Zeitalter“ zu führen.

Während Saudi-Arabien (vergeblich) versuchte, mit der Isolierung Katars dieses Land auf den eigenen Anti-Iran-Kurs zu bringen, so rückte gerade dieser Kurs Saudi-Arabien selbst nach dem Abschluss des Nuklearabkommens der P5+1 mit dem Iran (JCPOA) immer näher an Israel heran. Wie *Steffen Hagemann* in seinem Beitrag zeigt, sollten sich die

Bedrohungskonstruktionen beider Seiten angesichts der Revolten und Umwälzungen im arabischen Raum und des Abschlusses des besagten Nukleardeals weitgehend decken – für beide standen die Einhegung Irans sowie islamistischer Bewegungen wie der Muslimbrüder im Zentrum ihrer Anstrengungen. Im Gegensatz zu Saudi-Arabien, scheint Israel heute aber tatsächlich zu den Gewinnern des Arabischen Frühlings zu zählen. Trotz aller Befürchtungen zu Beginn der Revolten, befeuert insbesondere durch den Umsturz von Hosni Mubarak in Ägypten, dürfte es der israelischen Führung spätestens 2014 klar gewesen sein, argumentiert *Hagemann* in diesem Sinne, dass sich die Sicherheitslage Israels nicht wirklich verschlechtert hatte, wozu wiederum der Sturz von Mohammed Mursi durch die ägyptische Armee beigetragen habe. Vor diesem Hintergrund analysiert *Hagemann* in seinem Beitrag das Framing der arabischen Revolten durch die israelische Regierung, wobei er darauf verweist, dass dieses in ein langfristiges Framing sowie in eine regionale Strategie eingebettet werde. So untersucht *Hagemann* auf der sicherheitspolitischen Identität des Landes aufbauend zunächst die Deutung der Geschehnisse durch die israelische Seite, ehe er herausarbeitet, wie diese Deutung dazu genutzt wird, um die regionalen Ambitionen und Strategien Israels auszurichten und zu legitimieren. In einem nächsten Schritt beleuchtet *Hagemann* die Überschneidungen im Framing Israels mit jenen der Golfmonarchien, was wiederum einen Prozess der Annäherung eingeleitet habe. Dies alles wiederum findet vor dem Hintergrund der Sonderbeziehungen des Landes zu den USA und des Bedeutungsverlustes der Region für die US-amerikanische Außenpolitik statt. Die Auseinandersetzung mit diesen Entwicklungen führt *Hagemann* sodann zu den *Abraham Accords*, die er abschließend diskutiert.

Den von *Hagemann* bereits thematisierten Sonderbeziehungen zwischen den USA und Israel widmet sich anschließend *Wolfgang Tönnemann* und nimmt hierbei die Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels und die anschließende Verlegung der US-Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem als Ausgangspunkt für seine Analyse. War eine solche Verlegung vom US-Kongress bereits 1995 mit dem *Jerusalem Embassy Act* vorgegeben worden, so hatten frühere Präsidenten Bill Clinton, George W. Bush und Barack H. Obama unter Berufung auf die nationalen Sicherheitsinteressen der USA die Umsetzung hiervon stets ausgesetzt. Der Umstand, dass Präsident Donald J. Trump einmal mehr einen Bruch mit der Linie seiner Vorgänger vollzog, bedarf einer Erklärung, argumentiert *Tönnemann* und sucht diese in den innenpolitischen Konstellationen des Landes. Die Eröffnungszereemonie dient ihm zur Analyse der US-amerikanischen Akteursstruktur. So sei es auffällig, dass republikanische Abgeordnete und Vertreter evangelikaler Gruppen an den Feierlichkeiten teilnahmen, demokratische Kon-

gressabgeordnete jedoch fernblieben. Die Sonderbeziehungen basieren jedoch auf einem komplexen Geflecht, so *Tönnemann*, und es sei auch in der Wissenschaft umstritten, welche innenpolitischen Faktoren die Nahostpolitik der USA einschließlich der Beziehungen zu Israel beeinflussen. Er entscheidet sich dafür, die Rolle der Israel-Lobby, des US-Kongresses, der öffentlichen Meinung, der politischen Kultur, der politischen Parteien und von wohlhabenden Mäzenen zu beleuchten. Ehe er sich jedem einzelnen Faktor bzw. jeder einzelnen Akteursgruppe annähert, legt er den besonderen Charakter der Beziehungen zwischen den USA und Israel vor dem Hintergrund des israelisch-palästinensischen Konflikts dar. Abschließend geht *Tönnemann* auch der Frage nach, wie sich die neugewählte Biden-Administration mit Blick auf Israel und den israelisch-palästinensischen Konflikt positionieren wird.

Die besondere Verantwortung der USA, zur Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts beizutragen, führt *Tönnemann* auch auf die besondere Rolle und Stellung der USA als Weltordnungsmacht zurück. An diesem Punkt setzt ebenfalls *Elena Dück* an und argumentiert, dass gerade Präsident Donald J. Trump diese Weltordnung mit vielen umstrittenen Entscheidungen untergraben habe. Seine Präsidentschaft werde als Ausdruck und Verschärfung der Krise der liberalen Weltordnung interpretiert, stellt *Dück* gleich eingangs fest, wobei sie zu bedenken gibt, dass diese Ordnung auch viele innere Widersprüche aufweise und ihr „liberaler Charakter“ umstritten sei. Die Angriffe der Trump-Administration auf die Weltordnung wiederum haben die EU, die ohnehin mit Autokratisierungstendenzen in den eigenen Reihen sowie in ihrer Peripherie konfrontiert sei, vor die Herausforderung gestellt, diese Ordnung eben nicht nur nach innen, sondern auch nach außen zu verteidigen. Die divergierenden ordnungspolitischen Vorstellungen und Strategien der USA und der EU haben sich insbesondere auch im Nahen Osten manifestiert, konstatiert *Dück* und verweist zugleich auf Differenzen innerhalb der Europäischen Union darüber, welche außen- und sicherheitspolitischen Ziele und Strategien verfolgt werden sollten; hierzu zählt auch die Frage, welche ordnungspolitische Rolle der Europäischen Union zukommt. *Dück* zieht die Verlegung der US-Botschaft, den Friedensplan von Trump „Vision for Peace“ sowie den Ausstieg der USA aus dem JCPOA als Fallbeispiele heran, um eben diese Divergenzen und Spaltungen sichtbar zu machen und in größerem Detail abzubilden. Dabei richtet sie den Blick auch auf die Eskalation an der Straße von Hormus, um zu verdeutlichen, wie die von Trump gesetzten Schritte die Kriegsgefahr am Persischen Golf steigen ließen und die mangelnde Kohärenz innerhalb der EU einmal mehr ans Tageslicht beförderten.

Anschließend greift *Hakan Akbulut* den JCPOA heraus und argumentiert, dass die Entscheidung Trumps den JCPOA zu verlassen, nicht überraschend war und sich, wie dies *Dück* zum Ausdruck bringt, als eine weitere Facette im Angriff Trumps auf die „liberale Weltordnung“ deuten und interpretieren ließ. Doch das allein erklärt noch nicht erschöpfend, argumentiert *Akbulut*, warum Trump diese Vereinbarung ablehnte und darin keinen Mehrwert für die Interessen der USA und Israels erkennen konnte oder wollte. Schließlich schien mit der Einigung auf den JCPOA ein spätestens seit 2002 währender Disput um das iranische Nuklearprogramm zumindest auf Zeit gelöst. Der Umstand, dass der Iran seinen Verpflichtungen aus dem Interimsabkommen des Jahres 2013 nachweislich nachgekommen war und nun weitreichende Einschränkungen sowie intrusive Verifikationsauflagen für das eigene Nuklearprogramm im Gegenzug für eine Aufhebung der nuklearbezogenen Sanktionen und die Rehabilitierung eben dieses Programms akzeptiert hatte, stimmte zuversichtlich. Gleichzeitig gab es schon bei Abschluss des Abkommens gewichtige Stimmen etwa in den USA, aber auch in der Region, die den JCPOA kategorisch ablehnten, sein Zustandekommen aber nicht verhindern konnten und ihre Hoffnungen schließlich in Präsident Obamas Amtsnachfolger Donald J. Trump setzten, so *Akbulut*. Diese Hoffnungen wurden mit dem Ausstieg der USA aus dem JCPOA im Mai 2018 und der anschließenden Ausweitung und Verschärfung der Strafmaßnahmen gegen den Iran tatsächlich erfüllt. *Akbulut* arbeitet vor diesem Hintergrund jene Gründe heraus, aus denen die Ablehnung des JCPOA resultierte, und beleuchtet dabei die Unterschiede in den Zugängen und Ansätzen beider Präsidenten. Anschließend geht er der Frage nach, welche Zielsetzungen die „Strategie des maximalen Drucks“ verfolgte und welche Resultate sie hervorbrachte – sowohl im nuklearen Sektor als auch im Hinblick auf Sicherheit und Stabilität in der Region. Abschließend stellt *Akbulut* Überlegungen darüber an, welche Entwicklungen mit dem Amtswechsel in Washington von Trump zu Biden wahrscheinlich sind.

Im drauffolgenden Beitrag arbeitet *Gerhard Mangott* die unterschiedlichen Zielsetzungen und Strategien von Russland und den USA in Syrien heraus. Als der Bürgerkrieg in Syrien ausbrach, blickten beide Länder bereits auf eine unterschiedliche Historie in ihren Beziehungen mit dem syrischen Regime zurück: Russland setzte die in ihrer Natur von gemeinsamen materiellen Interessen geleiteten pragmatischen Beziehungen, die bereits 1971 zwischen der Sowjetunion und Hafez al-Assad aufgenommen worden waren, fort, wobei sich die Zusammenarbeit auf den militärischen Bereich fokussierte. Die USA verfolgten hingegen seit 2002 eine feindliche Strategie gegenüber Syrien, stellt *Mangott* heraus. So wurde Syrien nicht

nur als Teil der sogenannten „Achse des Bösen“ identifiziert, darüber hinaus wurden verdeckte Operationen zum Sturz von Bashar al-Assad orchestriert. Zudem wurde das Land mit Sanktionen belegt. *Mangott* konstatiert bereits eingangs ein mangelndes Interesse auf US-amerikanischer Seite am Konflikt in Syrien, das den Handlungsspielraum Russlands entsprechend erweitert habe. Zwar besaßen beide Akteure zunächst Berührungspunkte und kooperierten in entscheidenden Situationen miteinander. Diese Momente blieben aber beschränkt, weshalb *Mangott* der Frage nachgeht, warum der Konflikt in Syrien sehr rasch zu einer Rivalität zwischen den beiden Ländern geführt hat und beide nicht in der Lage waren, zur Lösung des Konflikts nachhaltig zusammenzuarbeiten. Schließlich arbeitet *Mangott* auch heraus, warum es Russland gelungen ist, in dieser Rivalität im syrischen Kontext die Oberhand zu gewinnen.

Die Entwicklungen in Syrien sollten nicht nur die Beziehungen der USA zu Russland weiter belasten, sondern auch jene zum NATO-Partner Türkei. Dies ging so weit, dass Anfang 2018 sogar Sorge herrschte, die Truppen beider NATO-Staaten könnten sich in der syrischen Stadt Manbidsch einen bewaffneten Schlagabtausch liefern. Zu diesem Schlagabtausch kam es zwar nicht, bereits im Oktober 2019 folgte aber die nächste Erschütterung in ihren Beziehungen, als die Türkei im Nordosten Syriens einmarschierte. Die türkisch-US-amerikanischen Beziehungen seien ohnehin selten friktionsfrei gewesen, argumentiert *Hakan Akbulut* in seinem zweiten Beitrag und sieht im Syrienkrieg den Katalysator einer wiederkehrenden Beziehungskrise. Er konstatiert somit eine Notwendigkeit, die Zuspitzung der letzten Jahre in den türkisch-US-amerikanischen Beziehungen in den größeren Kontext ihrer Beziehungen zu setzen und vor diesem Hintergrund zu bewerten. Gleichzeitig aber sei die aktuelle Eskalation auf die Besonderheiten der Causa Syrien zurückzuführen. Um diesen Befund zu untermauern, skizziert *Akbulut* zunächst die *Krisengeschichte* der türkisch-US-amerikanischen Beziehungen und beleuchtet sodann die unterschiedlichen Facetten der aktuellen Krise. In einem weiteren Schritt fokussiert sein Beitrag auf die unterschiedlichen Prioritäten und Strategien beider NATO-Länder in Syrien und behandelt ausführlich die Kooperationen und Partnerschaften, die beide zur Erreichung ihrer Zielsetzungen eingegangen sind. Genau in dieser „Partnerwahl“ auf Grundlage unterschiedlicher Bedrohungsperzeptionen und Prioritäten sieht *Akbulut* den wesentlichen Faktor, der ihre anhaltende Beziehungskrise weiter verschärft hat. Dies wiederum sei insbesondere auch auf die Implikationen des Syrienkriegs für die innere Sicherheit und Stabilität sowie die territoriale Integrität der Türkei zurückzuführen. Abschließend formuliert *Akbulut* im Lichte dieser Ausführungen Aussagen über die wesentlichen Charakterzü-

Hakan Akbulut, Steffen Hagemann, Anja Opitz

ge der türkisch-US-amerikanischen Beziehungen und zieht hieraus Schlussfolgerungen in der Frage, ob mit dem Amtswechsel in Washington eine Trendwende in den türkisch-US-amerikanischen Beziehungen zu erwarten ist.

Die Würde der Revolte – Zur Dialektik von Revolution und Konterrevolution im arabischen Raum seit 2011¹

Helmut Krieger

1. Einleitung: Eine materialistische Perspektive auf die Revolten

Als sich Ende 2010 und Anfang 2011 Protestbewegungen in arabischen Ländern erneut zu formieren begannen, schien es für einen kurzen historischen Moment möglich, inklusive demokratische Vorstellungen mit grundlegenden sozioökonomischen Gerechtigkeitsideen durchsetzen zu können. Prägnant ausgedrückt in Parolen wie *ash-sha'b yurid isqat an-nizam* (das Volk will den Sturz des Regimes) und *eisch, hurriya, 'adala igtima'iya* (Brot, Freiheit, soziale Gerechtigkeit), versuchten Millionen von Menschen von Marokko bis Bahrain den jeweiligen autoritären Regimen einen politischen und sozialen Raum abzurufen, der das Moment einer gesellschaftlichen Utopie in sich barg. Die Würde der Revolte und die Legitimität der Forderungen blieben dabei umkämpft. Gerade die Dynamik gesellschaftlicher Umbrüche ebenso wie die im eigentlichen Sinne konterrevolutionären Reaktionen der verschiedenen Regime ließen gewahr werden, dass dieser transformatorische Impetus nicht linear verläuft. Rückschläge, Niederlagen und Desorientierungen sind einem derartigen Prozess ebenso immanent wie staatliche Repression, Militarisierung, Krieg und Konfessionalisierung von gesellschaftlichen Bruchzonen. Dies beinhaltet auch, dass die Revolten von 2011 nicht lediglich als historisch abgeschlossene Episode erzählt werden können. Ihre grundlegende Stoßrichtung ist in arabischen Ländern so aktuell wie präsent – trotz des Versuchs, sie umfassend durch Krieg und imperiale Interventionen zu destruieren. Eine grundlegende Frage in meinem Beitrag lautet daher: Welche strukturellen Verhältnisse bildeten die Ausgangsbedingung für die Revolten und wie haben sich diese Bedingungen seit 2011 verschoben?

Obwohl programmatisch und organisatorisch nicht weiter ausgearbeitet, kristallisierten sich in jenen Bewegungen mit ihren sehr allgemein

1 Im vorliegenden Beitrag wurden Passagen meines 2017 erschienen Artikels ‚Nicht zu verwischende Spuren. Zur Dialektik von Revolution und Konterrevolution in der arabischen Welt‘ eingebaut, siehe Krieger 2017.

gehaltenen Forderungen konkrete Erfahrungen, die weltweit ausstrahlten, heraus. Die Praxis der Herrschaftskritik – explizit gegen autoritäre Regime, implizit gegen neoliberale Verwerfungen globaler ökonomischer und sozialer Verhältnisse – entwickelte so einen Artikulationsraum, in dem sich unterschiedliche Bewegungen, so etwa die Indignados in Spanien oder die Occupy Wall Street Proteste in den USA, spiegeln konnten. Eine organisatorische und strategische Verknüpfung zwischen den einen und den anderen herzustellen, blieb in dieser historischen Periode von 2011 jedoch außerhalb des Möglichen. Dieses grundlegende Bewegungsmoment führt mich in meinem Beitrag zu folgenden Fragen: Inwiefern bilden die Erfahrungen der letzten zehn Jahre das Reservoir, gegenwärtige Protestbewegungen im arabischen Raum zu orientieren und was bedeutet dies für deren transformatorisches Potenzial? Wie lassen sich innere Entwicklungen in arabischen Ländern mit den Dynamiken einer regionalen sowie globalen Herrschaftsarchitektur verknüpfen, ohne dass die Bedeutung von Protest und Revolte analytisch zu einer cursorischen Anmerkung verkommt?

Indem ich meine Analyse aus der Perspektive materialistischer Staatstheorien und kritischer politischer Ökonomie anlege,² beanspruche ich, die Dialektik von Herrschaftskritik und Herrschaftssicherung unter den Bedingungen globaler kapitalistischer Verhältnisse so zu orientieren, dass mögliche emanzipatorische Räume der Zukunft sichtbar bleiben. Entgegen jener sozialwissenschaftlichen Regionalforschung über den arabischen Raum, die sich funktionalistischer und/oder regimieorientierter Erklärungsmuster bedient,³ ist somit eine materialistische Gesellschaftsanalyse mein grundlegender Referenzrahmen. Darin werden soziale Kämpfe als konstitutiver Bestandteil von Gesellschaftsformationen analysiert. Dies inkludiert, eben diese Kämpfe nicht nur als episodisch auftretend zu interpretieren, sondern als Klassenverhältnissen immanent – sowohl in ihren latenten als auch in ihren manifesten Ausdrucksformen. In Anlehnung an Nicos Poulantzas' Verständnis des Staates als spezifische Verdichtung von Kräfteverhältnissen integriere ich analytisch den Staat als jenes Terrain, auf

2 Grundlegend zu Umfang und Widersprüchen einer derartigen theoretischen Perspektive siehe Demirović/Adolphs/Karakayalı 2010 und Jessop 2007. Eine historische Rekonstruktion der Entwicklungsdynamiken arabischer Staaten aus politökonomischer Perspektive findet sich in Beinín/Haddad/Seikaly 2021.

3 Prominent finden sich derartige Ansätze etwa im Rahmen einer neorealistischen Theorie der Internationalen Beziehungen (siehe Krieger 2019).

dem und durch das auch soziale Kämpfe strukturiert werden.⁴ Eine derartige Perspektive bietet die Möglichkeit, gesellschaftliche Dynamiken in ihrer Verwobenheit mit dem Staat nicht lediglich innerhalb eines nationalstaatlichen Referenzrahmens zu beleuchten, sondern mit regionalen und globalen Machtverhältnissen zu verknüpfen. ‚Interne‘ Faktoren können dann mit ‚externen‘ so in Beziehung gesetzt werden, dass monokausale und deterministische Erklärungsmuster vermieden werden.

2. Revolten, Organisationsweisen und Multipolarität

Folgende Thesen lege ich meinem Beitrag zugrunde: Die Revolten von 2011 kündigten erstens das Ende einer postkolonialen Ordnung im arabischen Raum an. Dieser grundlegende und radikale Impetus, den Hamid Dabashi bereits 2012 eindringlich formulierte (vgl. Dabashi 2012), wird auch durch die den Aufständen folgenden Krisen- und Kriegsdynamiken nicht einfach beseitigt, sehr wohl jedoch umorientiert und neu ausgerichtet. Dies erläutere ich im anschließenden Abschnitt, wenn ich die Etablierung von neuen Nationalstaaten im arabischen Raum nach 1945 als Ausgangspunkt nehme, um deren Transformation zu autoritären Regimen nachzuzeichnen, die im Laufe der letzten Jahrzehnte neoliberale wirtschaftspolitische Programmatiken übernahmen.

Die zweite These bezieht sich auf die Revolten selbst. Grundlegende politische Forderungen im Zusammenstoß mit der jeweiligen Staatsmacht durchzusetzen, hätte ein organisatorisches, strategisches und ideologisches Gravitationszentrum benötigt, das in dieser Periode der Konfrontation außerhalb der Möglichkeiten und oftmals jenseits der erwünschten Vorstellungen der einzelnen Bewegungen lag. Die grundlegende Bedeutung von Organisationsweisen des Protestes stellte Sabah Alnasseri bereits 2011 eindrücklich fest, als er eine mögliche Durchsetzung der politischen Forderungen mit dem Organisationsniveau der Revolten abglich (vgl. Alnasseri 2011). Wenn also der Organisationsgrad, die strategische Konzeption von Protest und Widerstand sowie die kollektive Entwicklung grundlegender Zielsetzungen wesentliche innere Faktoren des Erfolges eines revolutionären Prozesses darstellen, dann können diese Faktoren als entscheidende

4 Welche theoretischen Widersprüche und Fallstricke Poulantzas' Konzept aus den 1970er-Jahren, das er im Kontext europäischer Staaten entwickelte, bei einer Adaptierung auf Länder des Südens beinhaltet, diskutiere ich ausführlich im Zusammenhang mit Palästina in Krieger 2015. Grundlegend zu Poulantzas' Staatsverständnis siehe Demirović/Adolphs/Karakayalı 2010 und Poulantzas 2002.

subjektive Erklärungen der Eindämmung und Desorientierung der arabischen Revolten analysiert werden. Warum es derartige Begrenzungen gab/gibt und wie diese mit historischen Erfahrungswerten antikolonialer und sozialer Kämpfe im arabischen Raum zusammenhängen, erläutere ich im dritten Abschnitt.

Die dritte These nimmt die globale historische Epoche in den Blick, innerhalb der sich die Revolten zu entwickeln begannen. Dabei gehe ich davon aus, dass der Übergang von einer unipolaren Weltordnung unter Führung der USA hin zu einer asymmetrisch aufgespannten Multipolarität, die sich bereits mit der US-geführten Invasion in den Irak im Jahr 2003 ankündigte, grundlegend auf die Revolten und deren Handlungsspielräume einwirkte. Zugleich beschleunigten die Aufstände in der arabischen Welt globale Spannungsfelder und dynamisierten deren Konfrontationsdynamiken. Dies analysiere und verdeutliche ich im vierten Abschnitt anhand des Krieges in Syrien, den ich durch die militärische Präsenz regionaler und global agierender Mächte als multipolaren kennzeichne. Entscheidend ist dabei, dass selbst in einem derartigen Prozess umfassender gesellschaftlicher Verwüstungen noch emanzipatorische Handlungsräume von sozialen Bewegungen entwickelt werden (können). Wie derartige, im eigentlichen Sinne umkämpfte Räume strukturiert sind, lerte ich im abschließenden fünften Abschnitt aus.

Eine letzte grundlegende Annahme bezieht sich auf die epistemische Dimension von Zeit. Wenn fundamentale gesellschaftliche Konfliktlinien notwendigerweise als historisch unabgeschlossene Prozesse zu analysieren sind, dann folgt Geschichte nicht einfach einem zyklischen Prozess – von einem so genannten arabischen Frühling hin zu einem so genannten arabischen Winter. Ebenso wenig können gesellschaftliche Prozesse lediglich als Abfolge von Revolte und Scheitern hin zu einem teleologischen Endpunkt etwa im Sinne von autoritärer Herrschaft eingefangen werden. Kurz gesagt: Die Dynamiken gesellschaftlicher Bruchlinien folgen nicht jenen Figurationen, die sich als neo-orientalistische in sozialwissenschaftlichen Zugangsweisen zum arabischen Raum als nach wie vor wirkmächtig erweisen. Die Vorstellung, Macht- und Herrschaftsverhältnisse auf konfessionalisierte und/oder ethnisierte Identitätskonstruktionen reduzieren zu können oder zu glauben, mit dem Topos der Persistenz autoritärer Regime (und/oder einer kulturellen Affinität zu Autoritarismus) schon wesentliches gesagt zu haben, ist nichts anderes als ein essentialisierendes Sprechen, in dem Krieg normalisiert und Aufstandsbekämpfungsprogramme

von Regimen naturalisiert werden.⁵ Gesellschaftliche und politische Räume als zeitlich unabgeschlossen und umkämpft zu analysieren, ermöglicht hingegen eine Annäherung an jene Akteur*innen, deren Marginalisierung im Schweigen über sie einmal mehr festgeschrieben wird.⁶ Diese grundlegende Perspektive durchzieht den gesamten Beitrag.

3. Neoliberaler Umbau und der Staat

Grundlegende strukturelle Ausgangsbedingungen der Protestbewegungen seit dem Jahr 2011 lassen sich trotz aller Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern im Allgemeinen als Verknüpfung eines autoritären Regimetypus⁷ mit einem neoliberalen wirtschaftspolitischen Programm definieren. Dass diese beiden Stränge miteinander verflochten sind, ist selbst wiederum das umkämpfte Resultat eines langen historischen Prozesses, der mit der Dekolonisierung nach 1945 durch antikoloniale Befreiungsbewegungen im arabischen Raum begann. Die daraus entstandene postkoloniale Ordnung war von zwei wesentlichen geopolitischen Schnittstellen geprägt: einerseits ein nationalstaatlich strukturiertes System von konfrontativen Blockbildungen innerhalb des arabischen Raums mit Ägypten und Saudi-Arabien als (ideologische) Pole und andererseits der Antagonismus gegenüber einer israelischen Expansionsstrategie im historischen Palästina

5 Eine Darlegung der Debatte sowie eine kritische Auseinandersetzung mit neo-orientalistischen Zugangsweisen, gesellschaftliche Bruchlinien ahistorisierend in den Sinnhorizont von konfessionellen Konflikten zu verschieben, bieten Hashemi/Postel 2017.

6 Mit den Revolten hat sich zwar das wissenschaftliche Interesse an sozialen Bewegungen im arabischen Raum jenseits islamischer und jihadistischer Formationen grundlegend zu entwickeln begonnen (siehe Beinin/Vairel 2013). Abzuwarten bleibt jedoch, ob dieser Trend lediglich ein kurzfristiger ist und die Beschäftigung mit Bewegungen (wiederum) abgelöst wird von stärker funktionalistischen und regimeorientierten Beiträgen. Eine von wenigen Ausnahmen bereits vor den Revolten von 2011, das Leben von Subalternen in den Blick zu nehmen, bildet Asef Bayats Intervention, alltägliche Akte ‚gewöhnlicher Menschen‘ im arabischen Raum als Formen von Politik und Subversion zu begreifen (siehe Bayat 2010). Damit schuf er die produktive Möglichkeit, einen vermeintlich unpolitischen Raum alltäglicher sozialer Interaktionen als eminent politischen unter den Bedingungen autoritärer Herrschaft zu konzeptualisieren.

7 Zum Bedeutungsumfang und konzeptionellen Verständnis von autoritärer Herrschaft im arabischen Raum jenseits neo-orientalistischer Zugangsweisen siehe Owen 2012, Ismail 2018 und Tripp 2013.

und darüber hinaus.⁸ Das dadurch aufgespannte regionale Spannungsfeld verdichtete in Zeiten des Kalten Krieges eine globale Systemkonkurrenz im arabischen Raum. Mit der Niederlage im Sechstagekrieg von 1967 und der israelischen Besetzung Ostjerusalems, des Westjordanlandes, des Gazastreifens, der Golanhöhen und der Sinai-Halbinsel kumulierte ein Prozess, der die ideologischen, ökonomischen, politischen und sozialen Widersprüche und Begrenzungen des arabischen Nationalismus offenbar werden ließ. Das grundlegende wirtschaftspolitische Projekt einer importsubstituierenden Industrialisierung sowie die Stützung einer daran angebundener einheimischer progressiver Bourgeoisie auf der ideologischen Basis von arabischer Einheit erwies sich als illusionär. Sukzessive verlor der arabische Nationalismus seine populär abgestützte Deutungshoheit über einzuschlagende Wege einer sozialen und ökonomischen Transformation arabischer Gesellschaftsformationen. Dessen Fragmentierung seit den frühen 1970er-Jahren ist somit auch historischer Ausgangspunkt einer erweiterten imperialen Durchdringung durch die USA und in deren Gefolge durch europäische Staaten, die nach dem Friedensschluss Ägyptens mit Israel im Jahr 1979 auf ökonomischer und militärischer Ebene im arabischen Raum forciert werden konnte. Dies ist ebenso der historische Ausgangspunkt der Verknüpfung eines autoritären Regimetypus mit einer neoliberalen wirtschaftspolitischen Programmatik, die von internationalen Finanzinstitutionen wie dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank seit den 1970er-Jahren für Länder des Südens propagiert wurde.⁹

Als Folge von Finanzkrisen begannen arabische Staaten wie Jordanien, Ägypten, Tunesien oder Marokko Kreditaufgaben des IWF und der Weltbank seit den 1970er- und 1980er-Jahren zu akzeptieren.¹⁰ Deren Strukturanpassungsprogramme fokussierten dabei auf folgende wirtschaftspolitische Eckpunkte, durch die eine Redimensionierung staatlicher Budgetdefizite und eine untergeordnete Integration in den Weltmarkt erreicht werden sollte: die Deregulierung des Arbeitsmarktes, die Privatisierung von

8 Die Komplexität dieser historischen Konstellation nach 1945 kann an dieser Stelle nur angedeutet werden; siehe dazu ausführlich Hanieh 2013: 19–99 und Hinnebusch 2015.

9 Zu Umfang und Bedeutung von Kreditaufgaben durch IWF und Weltbank in Ländern des Südens siehe ausführlich Peet 2009.

10 Umfang der Kreditflüsse seit den 1980er-Jahren sowie Modalitäten der Kreditrückzahlungen für Länder wie Ägypten, Marokko oder Tunesien findet sich in Hanieh 2013: 47–99. Wie Schuldentilgungen auch an geopolitisches Verhalten geknüpft wurden, zeigte nicht zuletzt die Schuldenstreichung von einigen Milliarden US-Dollar im Fall Ägyptens durch die Beteiligung am US-geführten Krieg gegen den Irak im Jahr 1991.

Staatsunternehmen, die Liberalisierung des Außenhandels, die Öffnung der Finanzmärkte, die Konzentration sowie Exportorientierung landwirtschaftlicher Produktion sowie eine Haushaltsdisziplin durch Streichung von Subventionen für Lebensmittel oder Benzin. Konfrontiert mit durch Strukturanpassungsprogramme ausgelöste Brotrevolten im Globalen Süden – im arabischen Raum etwa in Ägypten im Jahr 1977 und 1984, in Marokko 1981 und 1984, in Tunesien 1983/1984, in Algerien im Jahr 1988 oder in Jordanien 1989 und 1996¹¹ – sahen sich IWF und Weltbank gezwungen, Kreditauflagen im Sinne eines so genannten Post-Washington Konsens zu adaptieren, ohne jedoch deren grundlegende Stoßrichtung zu verändern.¹² Wesentlich ist dabei, dass diese Kreditauflagen nicht nur auf ökonomischer Ebene wirkten, sondern auch einen umfassenden gesellschaftlichen und staatlichen Umbau implizierten.

Die Unterordnung unter die Vorgaben internationaler Finanzinstitutionen, begleitet von massiven Investitionen von Kapital aus den Golfstaaten in andere arabische Länder,¹³ verdeutlichen demnach einerseits ökonomische Abhängigkeitsverhältnisse, die die grundlegende Basis einer erweiterten imperialen Durchdringung des arabischen Raums seit den 1970er-Jahren darstellen. Andererseits beschleunigte dieser Prozess auf politischer Ebene eine Transformation sozial- und wirtschaftspolitisch progressiver arabisch nationalistischer Regime hin zu autoritären, deren soziale Basis sich damit sukzessive verschob. Ursprünglich um die Integration marginalisierter sozialer Klassen in den Städten und am Land durch an die herrschenden Parteien angebundene Massenorganisationen bemüht, sollten die Regime nun also für die Durchsetzung neoliberaler Umstrukturierungen sorgen. Charakteristisch für dieses Herrschaftsmodell sowohl in der formell republikanischen als auch in der monarchistischen Variante ist dabei, dass die Kreditauflagen des IWF zwar eine Budgetdisziplin bei Subventionsleistungen einforderten, nicht jedoch Kürzungen bei staatlichen Sicherheitsapparaten vorsahen – im Gegenteil: Der Ausbau von Po-

11 Diese zumeist spontanen Proteste gegen die jeweiligen Regierungen und IWF-Politiken können als weiteres historisches Handlungsreservoir verstanden werden, aus dem die Revolten von 2011 schöpften.

12 Ausführlich nachgezeichnet wurden diese graduellen Adaptierungen von IWF- und Weltbankpolitiken in Saad-Filho 2011.

13 Die ökonomische Durchdringung des arabischen Raums durch Kapital aus den Golfstaaten begann ebenso bereits in den 1970er-Jahren im Gefolge von so genannten Ölpreisschocks und ist ein grundlegender Prozess bis heute. Eine kritische politökonomische Perspektive auf diese oftmals unterschätzte wirtschaftliche Grundlage einer regionalen Abhängigkeitsstruktur zwischen arabischen Staaten bietet Hanieh 2018.

lizei- und Geheimdienstapparaten ebenso wie etwa die Beschaffung von Rüstungsgütern bei US-amerikanischen und europäischen Rüstungsfirmen blieb von der Vorstellung eines *schlanken Staates* ausgeschlossen.¹⁴ Der Staat hatte demnach das Terrain für Aushandlungen zwischen verschiedenen Kapitalfraktionen sowie internationalen Investitionen bereitzustellen und zugleich Stabilität im Sinne eingedämmter sozialer und politischer Konflikte letztendlich repressiv durchzusetzen (vgl. Alnasseri 2011: 280ff). Für einen derartigen Umbau des Staates war den verschiedenen Regimen von Tunesien bis Ägypten die wohlwollende Zustimmung sowohl des IWF als auch westlicher Staaten sicher. *Stabilität* im arabischen Raum wurde seit den 1990er-Jahren so zu einem Synonym für die repressive Durchsetzung eines neoliberal ausgerichteten Herrschaftsmodells, das sich auf geopolitischer Ebene den USA und der EU unterordnete. Der erste Golfkrieg einer von den USA geschmiedeten Koalition gegen den Irak im Jahr 1991, das danach folgende umfassende Wirtschaftsembargo gegen das Land bis zur US-geführten Invasion im Jahr 2003 sowie der Osloer Prozess zwischen der Palestine Liberation Organization (PLO) und Israel seit 1993 sind dann fundamentale Eckdaten dieses tiefgreifenden Prozesses einer sukzessiven Eingliederung arabischer Staaten und der PLO in *eine neue Weltordnung*, die in den 1990er-Jahren propagiert wurde.¹⁵

14 Roger Owen spricht in diesem Zusammenhang von einem „presidential“ bzw. „monarchical security state“ (Owen 2012). Auch wenn er dabei die politökonomischen Grundlagen von Staaten wie Ägypten, Tunesien, Syrien, Algerien, Irak oder – im Falle der monarchistischen Variante – Jordanien, Marokko, Bahrain und Oman vernachlässigt, markieren diese Bezeichnungen die Verengung des Herrschaftsmodells in arabischen Ländern anschaulich. Mit dem Begriff „securocratic state“ nimmt hingegen Maha Abdelrahman genau jenen Nexus von bürokratischem und Sicherheitsapparat mit neoliberalen Umstrukturierungen in Ägypten nach 2011 in den Blick (siehe Abdelrahman 2017).

Die Höhe der Exporte von Rüstungsgütern in den arabischen Raum durch US-amerikanische und europäische Firmen seit den 1970er-Jahren veranschaulicht eindrücklich, wie eine geopolitische sowie ökonomische Anbindung von Ländern wie Ägypten oder einzelnen Golfstaaten mit der Lieferung von Rüstungsgütern begleitet wurde und wird. Umfangreiche (historische) Daten zu Rüstungslieferungen an diese autoritären Staaten finden sich beim Stockholm International Peace Research Institute unter <https://www.sipri.org/databases>.

15 Siehe dazu ausführlich Krieger 2015: 61–83. Die Entwicklungen in Syrien erwiesen sich allerdings widersprüchlicher, da die regierende Baath-Partei seit den 1990er-Jahren zwar Elemente neoliberaler Wirtschaftspolitik zu adaptieren begann, jedoch sich auf geopolitischer Ebene durch ihre Frontstellung gegenüber Israel und dem Aufbau einer strategischen Achse zum Iran nicht in einen US-dominierten Orbit einfügen ließ (siehe Hinnebusch/Zintl 2015).

Der massive Umbau des Staates, angestoßen durch Strukturanpassungsprogramme des IWF, führte in den 2000er-Jahren zu einer weiteren Erosion grundlegender wirtschaftlicher und sozialer Rechte sowie zur Verarmung (sub-)proletarischer sozialer Klassen und der Perspektivlosigkeit einer jungen Generation von Hochqualifizierten, die nicht mehr in den Staatsdienst aufgenommen wurden. Zwar letztendlich repressiv abgestützt, hatten die einzelnen Regime aber ein durchaus noch umfangreiches Repertoire politischer Krisenbewältigungsmodi, von Cilja Harders (2011: 20) prägnant im Sinnhorizont der „Informalität eines Sozialvertrags“ ausgedrückt:

Auf ökonomische Krisen und politische Herausforderungen reagierten die Regime der Region in je unterschiedlicher Intensität mit fünf Strategien der Anpassung im Kontext des autoritären Sozialvertrags: Islamisierung, Informalisierung, Kooptation, begrenzte ökonomische und politische Liberalisierung sowie Repression. Diese Strategien zielten auf Depolitisierung und Demobilisierung als Kernbestand des autoritären Sozialvertrags. Der alte nasseristische Sozialvertrag versprach Entwicklung und Wohlstand im Austausch mit Loyalität, die innerhalb klientelistischer Bahnen kontrolliert und depolitisiert werden konnte. Der neue Sozialvertrag der Informalität [...] greift die depolitisierende Seite des nasseristischen Verhältnisses zwischen Staat und Gesellschaft auf, minimiert jedoch im Zeitalter neo-liberaler Wirtschaftsreformen die wohlfahrtsstaatliche Rolle (ebd.).

Ein derartiges Repertoire der Herrschaftssicherung konnte jedoch nur so lange effektiv wirken, solange die Regime nicht durch Massenbewegungen grundlegend herausfordert wurden. Mit Beginn der Revolten von 2011 zerbrach somit auch jener informelle Sozialvertrag, sodass die repressive Abstützung des Herrschaftsmodells zum wesentlichen Moment in der Bekämpfung von Protestbewegungen wurde. Aus einer von Harders genannten Strategie der Anpassung vor 2011 wurde eine Strategie der Spannung, die die Aufstandsbekämpfungsprogramme der verschiedenen Regime seit 2011 kennzeichnete. Wiewohl diese je nach konkreter Herrschaftskonfiguration von Land zu Land in Intensität und Ausmaß variierten, bildeten die Militarisierung politischer Konfliktlinien und Staatsterror nun die Basis, durch die die Staatsmacht als Klassenmacht wiederhergestellt werden sollte. Politische Konfrontationen repressiv und militärisch zu eskalieren wie im Fall Syriens bereits im Frühling 2011, des Einmarsches von Truppen Saudi-Arabiens und der Vereinigten Arabischen Emirate in Bahrain im März 2011 oder des Militärputsches in Ägypten im Jahr 2013, verschob somit die Ebene der Auseinandersetzung auf ein Terrain, auf dem die

Staatsapparate ihre Überlegenheit ausspielen konnten. Der Staatsterror offenbarte dabei nicht nur die Brutalität von Repressionsapparaten in der Eindämmung der jeweiligen Proteste, sondern wirkte auch als Regierungstechnik zur Zusammenziehung einer eigenen sozialen Basis gegen eine als Feind gebrandmarkte Bewegung im Inneren – so in Bahrain gegen eine vermeintlich vom Iran unterstützte ‚schiitische Protestbewegung‘, in Ägypten als Kampf gegen die Muslimbruderschaft (mit Unterstützung der Führungsebene salafistischer Organisationen wie der An-Nur oder den Würdenträgern der Al-Azhar Universität) oder in Syrien gegen eine Aufstandsbewegung, die vermeintlich nur mehr aus jihadistischen Organisationen bestand. Im Rahmen einer Strategie der Spannung wurden also schon lange formulierte Politiken der Konfessionalisierung zur Herrschaftssicherung nochmals repressiv zugespitzt.

Lediglich in Tunesien wurden die politischen Forderungen der Protestbewegung nach der Flucht von Ben Ali im Laufe des Jahres 2011 institutionell abgefedert. Indem sich wesentliche Akteurinnen der politischen Auseinandersetzung – die islamische Bewegung,¹⁶ die Gewerkschaften und die Apparate des *Ancien Regime* – auf eine demokratische Transformation verständigten, sollte der Staat das Terrain für (Verteilungs-)Konflikte bereitstellen und zugleich dafür sorgen, dass die untergeordnete ökonomische Integration des Landes in den Weltmarkt durch die politische und ökonomische Krise hindurch gewährleistet bleibt. Grundlegende sozio-ökonomische Forderungen der Protestbewegung blieben damit allerdings außen vor und sind seitdem Ausgangspunkt für mannigfaltige Proteste im Land.¹⁷

4. Revolte und Reorganisation der Staatsmacht

Nach den Brotrevolten der 1980er- und 1990er-Jahre und den Massenbewegungen gegen den Golfkrieg von 1991 bedingte die Krisenhaftigkeit des

16 ‚Islamische Bewegung‘ verwende ich als Oberbegriff für die verschiedenen Initiativen und Organisationen, die sich wesentlich auf den Islam als Referenzrahmen für ihr politisches und gesellschaftliches Handeln beziehen. Mit dieser Kennzeichnung sind auch Bewegungen inkludiert, die oftmals als ‚politischer Islam‘ oder ‚islamistisch‘ bezeichnet werden.

17 Zu den Protesten seit 2011 und im Allgemeinen zur Entwicklung in Tunesien, die ob der institutionellen Reformen und der Einführung von freien und geheimen Wahlen oftmals zur einzigen Erfolgsgeschichte im arabischen Raum verklärt wird, siehe Meddeb 2017.

neoliberalen Umbaus, dass Regime wie Ägypten und Tunesien in den späten 2000er-Jahren verstärkt durch gewerkschaftliche und soziale Kämpfe herausgefordert wurden (vgl. Bein 2015; El-Mahdi 2014). Diese Proteste folgten unmittelbar jenen, die auf die Solidarität mit der palästinensischen Zweiten Intifada sowie auf den Widerstand gegen die US-Invasion in den Irak im Jahr 2003 fokussierten. Auch wenn an dieser Stelle nur cursorisch angemerkt, lässt sich mit diesen Schnittstellen von sozialem, gewerkschaftlichem und politischem Dissens in der arabischen Welt erahnen, woraus sich der Erfahrungshorizont und das Handlungsrepertoire für eine sich erneut formierende Protestbewegung mit Ende des Jahres 2010 bildete. Beginnend in Tunesien und dann auf die weiteren arabischen Länder ausdehnend, vermittelten deren zentrale Parolen in ihrer Allgemeinheit einen inklusiven politischen Prozess und schufen damit einen Artikulationsraum, in dem sich verschiedene soziale Klassen wiederfinden konnten.¹⁸ Diese klassenübergreifende Unterstützung bzw. Duldung der Proteste vor allem in Ländern wie Tunesien und Ägypten war bedeutsam, weil damit die relative politische Isolation des herrschenden Machtblocks offensichtlich wurde. Überdies in verschiedene konkurrierende Fraktionen zersplittert, war es auch dessen Unfähigkeit, die situative Dynamik der Proteste zu erfassen, die dazu beitrug, dass sich eine soziale Bewegung in den ersten Wochen so effektiv formierte. Mit Demonstrationen, Streiks und der Besetzung öffentlicher Räume schuf die sich entwickelnde Protestbewegung jene konkreten Schnittstellen, durch die der relativ spontane Protest als Bewegungsform das Moment der Überraschung für sich nutzen konnte. Insbesondere die umkämpfte Wiederaneignung öffentlicher Plätze wirkte als subversive Umdeutung des Bestehenden: vom Repräsentationsraum herrschender Eliten zu konkreten Laboratorien demokratischer Partizipation. Von Tunesien über Ägypten, Bahrain und dem Jemen entstanden so Zentren des öffentlichen und nicht nur virtuellen Dissenses, in denen die Würde des Protestes unter autoritären Bedingungen wie in einem Prisma gebündelt wurde. Jene Räume blieben zugleich in unzählige weitere Manifestationen des Widerstandes eingebettet, deren relative Militanz signalisierte, dass die soziale Komposition der Protestbewegungen nicht dem Zerrbild vieler westlicher Kommentator*innen entsprach: Es waren eben nicht nur akademisch ausgebildete junge Menschen aus den sozialen Mittelklassen, die (friedlich) den Sturz des jeweiligen Regimes zu

18 Eine umfassende Darstellung der Revolten in einzelnen arabischen Ländern findet sich in Haddad/Sheer/Abu-Rish 2012, Jünemann/Zorob 2013 und Krieger/Seewald/VIDC 2017.